

Abonnements
werden beim Verlag und dessen
bekanntem Agenten entgegen-
genommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
vierteljährlichen Preis von:
Mk. 4,40 für Deutschland (direkt
per Brief-Kouvert)
Duff. 2,75 für Oesterreich (direkt
per Brief-Kouvert)
Schil. 2.— für alle übrigen Länder
des Weltpostvereins (Kreuzband).

Inserte
die druckfertige Zeile
3 Pence — 25 Pf. — 30 Sil.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erscheint
wöchentlich einmal
in
London.
Verlag
der
German Cooperative Publishing Co.,
E. Bernstein & Co., London N. W.
114 Kentish Town Road.
Postsendungen
franco gegen Briefe.
Gewöhnliche Briefe
nach England kosten Doppelpost.

N. 50.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgehen lassen. In der Regel sollte man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Adressen. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben.

9. Dezember 1888.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Zur rechtzeitigen Kenntnisaufnahme.

Bei Quartalschluß müssen **sämmliche Briefabonnements** vorausbezahlt sein. Belastungen auf Conto-Inhaber finden also nicht statt. **Allen** Bestellungen auf direkte oder indirekte Brieflieferung ist ohne jede Ausnahme die volle Baarzahlung beizulegen.

Die **direkten Briefabonnements** sind künftig für's ganze Jahr voranzuzahlen, sofern von uns nicht andere Abkommen vereinbart sind.

Alle nicht ausdrücklich wiederbestellten Brief-Abonnements werden mit Jahreschluß gesperrt.

Ersatz für Versandverluste liefern wir nur gegen Einsendung des Porto bei Reklamationen.

Wo anderweitige Bezugsgelegenheit geboten ist, sind Brief-Abonnements unzulässig.

Einzel-Kreuzbandsendungen ins Ausland sperren wir mit Quartalschluß, sofern Neubestellung und Geld bis dahin ausbleiben.

Für die Schweiz

erhöht sich mit Beginn 1889 der vierteljährliche Abonnementspreis auf

Fr. 2.25 pro Exemplar,

da der Ein-Kappen-Porto-Ansatz nur den in der Schweiz herausgegebenen Blättern zukommt.

Die **Schriften-Filiale der „Arbeiterkammer“** in Zürich,

Jähringerstraße 12,

trägt also fortan diejenigen bisherigen Abonnenten, welche unser Blatt nicht abbestellen, auch für das laufende Quartal vor und erhebt sofort nach Ausgabe von Nr. 1 1889 Nachnahme, sofern die betreffenden Abonnementsbeträge nicht zuvor eingekandt wurden.

London, im Dezember 1888.

Die Administration & Expedition des „Sozialdemokrat“.

Posteinzahlungen

an unsere **Geschäftsfiliale** treffen noch immer hier ein, ohne die von uns wiederholt dringend verlangte briefliche Mittheilung der Absendernamen.

Man mache alle derartige **Posteinzahlungen** stets zahlbar by Kentish Town Road Post-Office.

Es fehlen abermals die Absendernamen auf 3 Einzahlungen in Höhe von M. 10.— vom 14/11., M. 18.— vom 21/11.

Ohne **Reibung** der Absendernamen an uns kann das Geld nicht gehoben werden.

Bei Sendungen jeder Art aus **Amerika** füge man auf der Adresse stets bei: „London in England“, da es auch in Amerika ein London gibt.

Genaue Adresse:

German Cooperative Publishing Co.

E. Bernstein & Co.

114 Kentish Town Road, London, N. W. (England.)

Zur Lage in Frankreich.

Paris hat am 2. Dezember wieder einmal seinen Ruf als Stadt der großartigen Demonstrationen bewährt. Eine nach Zehntausenden zählende Menschenmenge nahm an dem Umzug Theil, der als Protest gegen vorhandene Staatsstreichgefühle vor dem Denkmal des vor 37 Jahren in der Verteidigung der republikanischen Grundsätze gefallenen Vaudin vorüberzogen, und nirgends wurde die Ruhe und Ordnung in irgend einer Weise gestört. Diejenigen, welche öffentlich Verurteilung begehrten, daß es zu argen Zusammenstößen kommen werde, und im Stillen sich auf solche gefreut, um alsdann im Trüben fischen zu können, haben sich in ihren Erwartungen schmächtig getäuscht gesehen. Insofern kann man also der Republik zu der stattgehabten Vaudin-Feyer nur gratulieren. Wer sich aber von ihr eine tiefgreifende Wirkung auf die inneren Kämpfe verspricht, an denen die Republik leidet, der dürfte sich nach unserer Ansicht noch ganz anders täuschen,

als die, welche auf den Ausbruch von Konflikten aus Anlaß derselben gerechnet. Krisen wie die, in welcher die Republik sich zur Zeit befindet, löst man nicht mit bloßen Demonstrationen, am allerwenigsten mit solchen, die im Grunde nur Demonstrationen für den Status quo sind. Es war ein Protest, nicht gegen die Ursachen, sondern gegen eine der möglichen Wirkungen dieser Krisen. Seit wann aber schützt man sich vor den Wirkungen, indem man die Ursachen fortbestehen läßt?

Daß der Boulangismus eine Gefahr für die Republik geworden, geht schon aus der bloßen Thatfache hervor, daß die offiziellen Parteien der Republik die Riesendemonstration gegen ihn in Szene gesetzt. Dergleichen unternimmt man nicht gegen ein Phantom, und wenn man es versuchte, würde man nicht solche Massen auf die Beine bringen. Wodurch aber ist der Boulangismus eine Gefahr? Durch die Person des „brav“ Général? Die republikanische Presse wird nicht müde, ihn als unbedeutend, als einen Prahlhans, ja, als einen Dummkopf hinzustellen. Daß er das letztere, möchten wir doch bezweifeln, wenn gleich auch wir den „braven General“ für kein besonderes Genie halten. Er macht den Eindruck einer ziemlich Mittelmaßigkeit, die unter normalen Verhältnissen schwerlich zu großem Einfluß gelangt wäre. Indes, grade die Mittelmaßigkeiten sind zu Zeiten viel gefährlicher als die Leute von Genie. Auch der spätere Napoleon III. wurde vor seinem Eintritt in das französische Parlament als ein unbedeutender Träumer bezeichnet, und seine Begabung war in der That nur eine sehr mäßige. Nichtsdestoweniger wurde er Präsident der Republik und später — Kaiser. Louis Bonaparte hatte sogar nicht einmal das Glück einer hübschen Erscheinung. Er sah nicht halb so schön zu Pferd wie Helb Boulanger, und trotzdem gelang es ihm ohne große Schwierigkeit, der Republik Herr zu werden. Spricht sein Staatsstreich gegen ihn, so stellt das Gelingen desselben aber auch der nach 1848er Republik ein sehr schlechtes Zeugnis aus. Und ebenso mag man auf Boulanger noch so sehr schimpfen, noch so laut gegen ihn demonstrieren, er würde keine Gefahr für die Republik sein, wenn es mit dieser gut bestellt wäre. Das Weib, dem der erste beste Abenteuerer gefährlich wird, ist, wie Jeder weiß, auch nicht viel besser als sein Verführer.

Es hiesse die Augen vor dem Licht der Sonne verschließen, wollte man leugnen, daß das Mißbehagen mit den bestehenden Zuständen in Frankreich groß ist, und zwar in allen Klassen der Bevölkerung. Die Republik hat keine Klasse als solche für sich — die unzuverlässigste, das Kleinbürgerthum, vielleicht ausgenommen. Die große Finanz hat sie nie bejessen — dieselbe hat zwar die Republik vortrefflich zu schreien verstanden, ihr sehr einträgliche Konzessionen abgepreßt, aber sie hat das stets als ihr gebührendes Tribut, man könnte sagen, als eine Gnade betrachtet, die sie der Republik erwiesen; im Herzen gute Monarchisten gewesen. Die mittlere Bourgeoisie war bis vor etlichen Jahren republikanisch, denn sie konnte sagen: die Republik, das sind wir. Aber da die Entwicklung leider nicht stehen blieb, und die Massen immer ungestümmer an die Thore der öffentlichen Verachtungsdörfer pochten, sich Einfluß erzwangen und im Parlament und in Lokal-Vertretungen der Bourgeoisievertretung auf den Leib rückten, hat sich ihre Schwärmerei merklich gelegt und wenn auch keiner eigentlichen Gegnerschaft, so doch einer ziemlich Gleichgültigkeit Platz gemacht. Man ist noch Republikaner, weil die Republik einmal da ist und man sich nicht gern ins Ungewisse stürzt, wie man seiner Frau nominell die Treue hält, weil man nun einmal verheirathet ist und die Umstände der Scheidung fürchtet. Aber die Ehe verhindert bekanntlich nicht, gelegentlich mit einer Schönen anzubandeln, und wer z. B. für den Fall einer Krise auf die „Gemäßigten“ und Opportunisten rechnet, der würde sich ebenso verspekuliren wie derjenige, der beim Durchschnittsbürger eheliche Treue sucht. Wenn grade sie heute am lautesten auf Boulanger schimpfen, so sind dafür nicht prinzipielle Gründe, sondern persönliche Rivalitäten und Klaffen-Interessen maßgebend, und daneben die Furcht, daß Boulanger den Massen zu große Konzessionen machen könnte.

Die Arbeiter waren und sind gut republikanisch, aber seitdem der Ausbau der demokratischen Institutionen ins Stocken gerathen ist, seitdem sie gesehen, daß die maßgebenden Politiker zuerst an sich und ihre parlamentarischen Intrigen denken und im Streit darüber die Interessen des Volkes ganz vergessen, beginnt auch ihre Sympathie zu erkalten. Namentlich das Verhalten der Radikalen, die Dank ihren hochtönenden Neben bisher großen Anhang bei den Massen besaßen und die, seitdem sie an der Regierung sind, sich als die reinen Opportunisten darstellen, hat auf die Arbeiter gewaltig ernüchternd gewirkt.

Es war unbedingt ein großer Fehler von den Radikalen und Wasser auf die Mühle des Herrn Boulanger, daß sie sich vor den Karren spannten, den die Opportunisten fest gefahren, d. h. bei der jetzigen Parteikonstellation in der Kammer die Regierung übernahmen. Die letzten Wahlen haben bekanntlich, Dank der Tonnade Jules Ferry's, die Monarchisten in einer Stärke in die Kammer gebracht, daß sie jeder der beiden großen Gruppen — Opportunisten und Ge-

mäßigte hier, Radikale und äußerste Linke dort — an Zahl fast gleich sind. So kann keine dieser beiden Gruppen regieren ohne die Unterstützung der andern. Solange nun unter diesen Umständen die Opportunisten am Ruder waren, hatten die Radikalen freie Hand; sie konnten entweder den Opportunisten für den Preis ihrer Bundesgenossenschaft Konzessionen abzwängen oder, falls dieselben sich mit den Monarchisten gegen sie verbänden, den reaktionären Pakt dem Lande denuncziiren. Was sie bei der Bourgeoisie verloren, gewannen sie dafür in den breiten Massen des Volkes. Jetzt, seit sie an der Regierung, ist das genaue Gegentheil der Fall. Da für sie ein Pakt mit den Monarchisten ein Ding der Unmöglichkeit ist, sind sie, um in der Kammer die Majorität zu behalten, unbedingt auf die Unterstützung der Opportunisten angewiesen, die natürlich nicht umsonst zu haben ist. Sie müssen alle ihre früher proklamirten erhabenen Grundsätze verleugnen, sie müssen zeigen, daß sie die Ordnung aufrechtzuerhalten verstehen, d. h. die Arbeiter vor den Kopf stoßen, sie müssen ihre politischen und wirtschaftlichen Reformpläne in die Tasche stecken, um den guten Bürger nicht zu erschrecken und last but not least — die Finanzmogeleien der Opportunisten mit dem Mantel christlicher Liebe zudecken. Die Folge ist, daß sie zwar bei der Bourgeoisie nicht gewinnen, denn der sind sie mit ihren doktrinären Schräullen zu unruhige Kantonsisten, im Volke aber rapide an Anhang verlieren, wie die Wahl Cluseret's im Bar-Departement, der bisherigen Domäne Clemenceau's, gezeigt hat. Die Unpopularität der Opportunisten kam bisher theils den Monarchisten, theils aber den Radikalen, also erklärten Anhängern der Republik, zu gut, wenn soll die Unpopularität der vereinigten Opportunisten und Radikalen zu gut kommen?

Von grundsätzlichen Gegnern der Monarchie sind nur noch die Sozialisten da. Naturgemäß müßte also Alles, was nicht ins Lager der Monarchisten läuft, aber von den erregenen Parteien nichts mehr will, die sozialistische Partei verschlingen. Dazu gehört jedoch, daß die Sozialisten eine aktionsfähige, nach allen Richtungen hin unabhängige Partei darstellen, und das ist leider nicht der Fall. Sie sind nicht nur in verschiedene Fraktionen gespalten, sondern die eine dieser Fraktionen, und zwar grade die in Paris relativ härteste, die der sog. Possibilisten, hat auch eine Taktik eingeschlagen, die gradezu die denkbar günstigste für den — Boulangismus ist.

Jeder überzeugte Sozialist ist ein natürlicher Gegner solcher Allweltsbeglückler wie Boulanger, das liegt an der Hand. Wer Alle zu beglücken verspricht, von dem kann man mit Sicherheit annehmen, daß er Alle betrügen wird. Man kann nicht zu gleicher Zeit Freund der großen Geldleute und der kleinen Gewerbetreibenden, Freund der Latifundienbesitzer und der kleinen Bauern, Freund der großen Unternehmer und der Proletarier sein. Zudem wartet der Sozialist auf keinen Wohlthäter, sondern weiß, daß die Emanzipation der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiter selbst sein wird und sein muß. Soweit es sich also um Herrn Boulanger handelt, wird man es nur in der Ordnung finden, daß die französischen Sozialisten — und darin stimmen sie alle überein — ihn und seine Partei bekämpfen. Aber die Possibilisten sind weiter gegangen, sie haben sich so eng an die radikal-opportunistische Koalition angeschlossen, daß die Kritik dieser bei ihnen ganz aufgehört hat. Es gibt für sie nur noch Boulanger und Antiboulangeristen, d. h. sie erklären es für die Pflicht der Arbeiterpartei, statt ihre Ueberlegenheit über den parlamentarischen Kreinismus der Bourgeoisparteien zu beweisen, wozu doch grade jetzt die beste Gelegenheit vorhanden ist, sich auf denselben einzuschwören. Ihr Organ, der „Parti ouvrier“, greift mit einer wahren Verferkerwuth Jeden an, der gegen die dunklen Ehrenmänner unter den Opportunisten und Gesinnungsverwandten vorzugehen wagt. Das ist aber grade, was Herr Boulanger braucht. Selbst politisch unklar, lebt er von der Unklarheit. So viel aber hat er, und haben namentlich die geriebenen Advokaten und Journalisten, die ihn umgeben, von sich alle Vortheile der Opposition zu nutzen zu machen. Was kann ihm da angenehmer sein, als wenn die Partei, die nach ihrem Programm ihm bei der Masse am gefährlichsten sein müßte, sich des gleichen Vortheils freiwillig begibt, und durch das Proklamiren der ganz verfehlten Parole: „Hier Boulangeristen!“ für die ersteren grade die denkbar angenehmste Reklame macht. Das ist grade, was Boulanger will, als der Fahnenträger aller wirklichen Opposition gegen die jetzige Parlamentsmehrheit erscheinen. Aber ist denn eine entschiedene Opposition gegen dieselbe nicht denkbar, die mit der gemischten Gesellschaft, die sich um den Ex-Kriegsminister scharrt, eben so wenig zu thun hat, als mit den abgewirrhlichten Parlamentsdiplomaten?

Es sind uns sowohl französischerseits, als auch von in Frankreich lebenden ausländischen Sozialisten Zuschriften zu ergehen, die sich in bitteren Ausdrücken über diese Taktik ergehen, wir bringen sie indes nicht zum Abdruck, weil wir sonst auf interne Angelegenheiten der französischen Sozialisten eingehen müßten und das um der gemeinsamen zu vollziehenden Aufgaben wegen lieber vermeiden. Wir würden die Sache an dieser Stelle überhaupt nicht erwähnt haben, wenn dies nicht

zur Beleuchtung der politischen Situation in Frankreich absolut notwendig wäre.

Die zweitstärkste sozialistische Partei in Frankreich ist die der Blanquisten. Diese sind, zum Teil aus Opposition gegen die von den Possibilisten eingeschlagene Taktik, in den entgegengekehrten Fehler derselben verfallen und richten ihre Geschosse fast ausschließlich gegen die opportunistisch-radikale Koalition. Die andern Fraktionen und Gruppen vermeiden diesen Fehler und treten Boulangeristen und Antiboulangeristen gleichmäßig entschieden gegenüber, aber Dank der Zerrissenheit der Gesamtpartei ist ihr Einfluß überall nur ein lokaler, auf die allgemeine Entwicklung der Dinge haben sie zur Zeit nur geringen Einfluß.

Gegengewärtig belustigen sich die kämpfenden Parteien und Koterien mit dem Waischen ihrer schmutzigen Wäsche. Für jeden Keimer der französischen Verhältnisse ist es klar, daß keine Partei, die ans Staatsruder gelangt, reine Hände behält. Wo der Staat von altgewohnt her als der allgemeine Wohlthäter betrachtet wird, wo die Bourgeoisie ihren „gesunden“ Protektions- und Subventions-Sozialismus so eifrig kultiviert wie in Frankreich, ist das Trinkgelder- und Vetterschaftswesen zu natürlich, als daß man sich darüber verwundern dürfte. Das Uebel ist nur mit der Ursache auszurotten, was aber selbstverständlich kein Grund ist, das Uebel ungehindert fortzuwuchern, die Blutegel am Steuerfädel ungekräftigt sich vollsaugen zu lassen. Bisher waren es fast nur die Sozialisten und einige sozialkonservative Schriftsteller, welche gegen die Verschleuderungen aus dem Staatsfädel zu Felde zogen, die offiziellen Parteien schwiegen oder beschränkten sich auf Allgemeinplätze. Nachdem aber im Anschluß an den Wilson-Standal und den Prozeß Gilly der Tanz eröffnet ist, fliegen die Anklagen hin- und herüber, daß es nur so eine Art hat. Im Grunde kommt wenig dabei heraus, die größten Schwindeleien lassen sich gewöhnlich schwer beweisen, und da bei solchen Anklagen es ohne Uebertreibungen nicht abgeht, so werden ein paar arme Schächer abgeschlachtet, die auf die Anklagen entschlaffener Kommissäre hingefallen sind, und über den Rest deckt man nach dem Motto: Wer in einem Glashaus sitzt u. s. w. den Mantel christlicher Liebe. Bis dies unermessliche Ende da sein wird, zieht jedoch wiederum Dank der obengeschilderten Taktik, der Boulangerismus gehörig Nahrung aus dem Standal.

Der Boulangerismus ist nur der Ausdruck der allgemeinen Unzufriedenheit, ein Parteigebilde, das sich immer neu erzeugen wird, wo die bisher anerkannten Parteien sich abgewirtschaftet, ihre Unfähigkeit, die Situation zu beherrschen, erwiesen haben. Wäßen die Radikalen, als sie an die Regierung kamen, die Kammer aufgelöst und mit einem entschiedenen Reformprogramm den Wahlkampf eröffnet gegen Monarchisten und Opportunisten, sie hätten vielleicht die Gefahr vorerst noch beschworen. Sie haben den Moment verpaßt, und alles Donnern gegen Staatsstreiche und Staatsstreicher hilft ihnen über die Gefahr nicht hinweg, in die sie durch ihre Halbheit sich und die Republik versetzt. Nicht Reden, sondern nur Thaten können jetzt noch helfen, haben sie zu diesen nicht den Muth, so werden sie zwischen Boulangerismus und Opportunismus aufgerieben werden, bis entweder der eine oder der andere ihnen das Ruder aus den Händen windet. Und in beiden Fällen heißt das Ende vom Liede Reaktion.

Haltet Euch bereit!

Das ist der leitende Gedanke eines Aufrufs, den die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten soeben an die Genossen im Reich ergingen. Es handelt sich darum, alle Vorbereitungsmassregeln zu treffen, um für die kommende Reichstagswahl gerüstet zu sein, ob sie nun erst am Ende der ganzen Legislaturperiode oder, was mehr wahrscheinlich, viel früher ausgeschrieben werden wird.

Der Aufruf lautet:

„Parteigenossen!

Nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge würde das Mandat des jetzigen Reichstages im Februar 1890 erlöschen. Aber die Wahrscheinlichkeit ist vorhanden, daß derselbe früher aufgelöst wird und bereits im Herbst 1889 die Neuwahlen angeordnet werden. Dies veranlaßt uns, Euch zuzurufen: Seid auf der Hut und rüftet Euch!

Feuilleton.

Watt Tyler und die englischen Ritter der Arbeit.

(Fortsetzung.)

Aus diesen berühmten Statuten geht hervor, daß die Höhe der Löhne von den Unternehmern festgesetzt war, und daß man es für ungesetzlich erklärt hatte, höhere Löhne als die vorgeschriebenen zu zahlen oder zu empfangen. Klagen über Lohnfragen kamen vor den Gerichten der Lords zur Verhandlung, was ebenso war, als wenn ein Knecht seinen Herrn auf Zahlung von Lohn verklagt und ihm selber dann die Entscheidung überlassen hätte. Wir haben hier in Amerika noch keine „Arbeiterstatuten“, da die Monopole auf andere Weise Alles erreichen können, was früher die Statuten anordneten. Die Herren vermögen sich durch Kombinationen, Trusts, Körperrechtsrechte, Freibriefe und hunderte Privilegien zu schützen. Da sie im Besitze aller Materialien für den Handel, die Industrie, den Bergbau, das Bankwesen und zum großen Theile auch den Ackerbau sind, können sie in kritischer Zeit die Arbeiter beschäftigungslos machen und so thatsächlich ihren Besitz vermehren, indem sie die Räder der Arbeit zum Stehen bringen und einen Rothstand heraufbeschwören. Sie können es so einrichten, daß auf jeden beschäftigten Arbeiter der Schatten eines Unbeschäftigten fällt, der an seine Stelle zu treten verlangt. Die modernen Lords bedürfen keiner Arbeiterstatuten, aber wenn sie solche haben wollten, so würden sie dabei im Staate Illinois keine Schwierigkeiten finden.

Eine Legislatur, welche der Verfassung der Vereinigten Staaten so treulos ist und so wenig von dem Geiste der amerikanischen Republik versteht, daß sie ein Meritatives Verschönerungsgesetz erläßt, würde auch Arbeiterstatuten machen, wenn das Monopol es verlangt und würde sogar den sechsten Paragraphen der alten Statuten anlassen.

Die Arbeiterstatuten wurden anfänglich von den Arbeitern verfaßt und umgangen, so daß sie durch andere Statuten verdrängt werden mußten. Entschlossene Arbeiter wurden mit einem glühenden Eisen auf der Stirn gestempelt, wie man in unseren Tagen Knechte gestempelt hat. Es wurde für ein Kriminalvergehen erklärt, einen entlassenen Knecht zu beherbergen. Der Widerstand gegen die Statuten nahm die Form von Streiks und ähnlichen Oxydationsmitteln an. Um diese wirksamer

Sammelt Geld und abermals Geld, damit Ihr für den Wahlkampf mit der nöthigen Munition versehen seid.

Der nächste Wahlkampf wird sehr heftig werden. Nicht weil wir befürchten, daß die Wähler sich durch Schreckgepenster, wie sie die Kartellparteien in den berichtigten Tagen des Februar 1887 durch Wort und Schrift dem Volke vorzuwindelten, sich wiederum einschließen lassen wird — die Pikturkäre, die Vertreterbaraden, die Melinitomben nebst den famosen Bildern, welche die Unbesieglichkeit der deutschen Grenzen dem Philister vorzogen, haben wohl für immer ihre Jauherkraft verloren und auch Herr Boulanger, der Bau-Bau der Kartellparteien, ist in seiner Nichtigkeit entlarvt — der Wahlkampf wird heftig werden, weil der Reichstag nicht wie die bisherigen Reichstage nur auf drei Jahre, sondern auf fünf Jahre gewählt wird.

Diese Verlängerung des Volksworts ist auch eine Errungenschaft der Kartellparteien.

Letztere werden alle Anstrengungen machen, sich abermals die Mehrheit zu sichern, emerkt durch welche Mittel.

So viel an uns liegt, muß dieser schöne Plan zerstört werden. Die deutsche Arbeiterklasse muß endlich überall einsehen, daß sie auf Parteien nicht bauen darf, welche die reinste Klassenherrschaft repräsentiren. Dies des Näheren zu beweisen, wird unsere Aufgabe sein, sobald der Wahlkampf beginnt. Wir werden dafür sorgen, daß Euch das entsprechende Material nicht fehlt.

Unmüßig handelt es sich darum, wie schon erwähnt, Mittel für den Wahlkampf zu sammeln. Eure stets bewährte Opferwilligkeit läßt uns das Beste hoffen. Geld kann nie zu viel vorhanden sein. Klubbau ist eure Aufgabe, überall in den Wahlkreisen Anknüpfungen zu suchen und Vertrauensmänner zu gewinnen, welche zu gegebenener Zeit die Agitation in die Hand nehmen. Später sind Wahlvereine und Wahlkomite's zu bilden.

Nach den Beschlüssen des St. Galler Parteitages, welche für unsere Taktik maßgebend sein müssen, sollen in allen Wahlkreisen, in welchen Parteigenossen vorhanden sind, Kandidaten unserer Partei aufgestellt werden, für die mit Aufbietung aller Kräfte zu agitiren ist. Wo immer also ein Parteigenosse zur Wahlzeit sich befindet, er muß für die Abgabe sozialdemokratischer Stimmen thätig sein. Es handelt sich nicht bloß darum, die Vertretung unserer Partei im Reichstag möglichst stark zu machen, es handelt sich nicht weniger auch darum, durch die Abgabe sozialdemokratischer Stimmen Mittel herzustellen, wie groß die Schaar der wahlberechtigten Staatsbürger ist, die unsere Bestimmungen theilen, in der Sozialdemokratie die Vertreterin ihrer Interessen leben.

Darum Agitation bis in die entlegenste Hütte. Eine Million Stimmen und eine entsprechende Anzahl Vertreter muß das Minimum sein, was die nächsten Wahlen uns bringen. Dafür müssen wir unsere ganzen Kräfte einsetzen.

Ein anderer sehr wichtiger Punkt betrifft die aufzustellenden Kandidaten. Es müssen Vielfachmandate vermieden werden, wie auch in St. Gallen und früher schon beschlossen wurde. Aber es wird bei der großen Zahl tüchtiger Kräfte, welche der Tod und andere Umstände aus unsern Reihen entfernen, hier und da Mangel an geeigneten Kräften eintreten. Viele brave und befähigte Genossen begehren nicht die Unabhängigkeit der Stellung, um eine Kandidatur annehmen zu können. Es wird also nicht zu umgehen sein, daß hier und da eine Doppeltkandidatur vorkommt. Treten solche Fälle ein und sollte eine Doppeltwahl daraus hervorgehen, dann erwarten wir von Eurer Disziplin, daß Ihr alsdann die Entscheidung darüber, wo der Doppelt-Genannte das Mandat annehmen soll, dem später von uns zu ernennenden Central-Wahlkomite überläßt, das die Frage unter Hinzuziehung von Vertrauensleuten aus den betreffenden Wahlkreisen erledigen wird. Wir erwarten also, daß kein Kandidat, welchem die Umstände eine Doppeltkandidatur auferlegen, sich im Voraus über die Annahme der Wahl in einem bestimmten Kreis im Falle seiner Doppeltwahl verpflichtet. Das allgemeine Interesse muß über dem Wahlkreisinteresse stehen.

Parteigenossen! Die Zeiten sind uns günstig wie nie zuvor. Die arbeitenden Massen fühlen jeden Tag mehr, daß die Dinge auf die Dauer so nicht weiter gehen können, daß gründliche soziale Umgestaltungen nöthig sind, „um die Noth der Zeit und das menschliche Elend“ zu heilen, nicht flüchtiges Pflasterwerk und Stülckwerk, wie es bisher unter dem Titel der Sozialreform ihnen geboten wurde. Und wie der Arbeiter, so leidet auch der Bauer und der Kleinbürger. Alle führen mit ihren letzten Kräften den verzweifelten Kampf um das Dasein gegen die Kapitalmacht und suchen nach Hilfe und Rettung vor dem Untergang. Sorgt also für ihre Aufklärung.

Thut Ihr, thut wir unsere Schuldigkeit, dann kann der Erfolg nicht fehlen.

Frish an's Werk!

Berlin, den 27. November 1888.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags.

Hebel, Dieck, Frohme, Grillenberger, Harm, Liebkecht, Meister, Sabor, Schumacher, Singer.

Der Aufruf ist jedenfalls sehr zeitgemäß. Wie unsererseits schon wiederholt angedeutet ward, ist es sehr wahrscheinlich, ja mehr als wahrscheinlich, daß eine abermalige Heberumpelung der Wähler verübt werden wird, und daß die nächsten Wahlen schon im Laufe des Jahres 1889 stattfinden sollen. Die Regierung weiß, daß sie unter normalen Verhältnissen auf eine Erneuerung der Kartellmehrheit nicht zu rechnen hat, und wird daher sich selbst den

zu machen, bildeten auch die Arbeiter Kombinationen, welche nicht unterdrückt werden konnten.

Diese Kombinationen oder Vereinigungen ähnelten im Prinzip und in der Praxis sehr denjenigen, welche die Arbeiter unserer Tage angenommen haben. Professor Thorold Rogers sagt in seinem großen Werke: „Six Centuries of Work and Wages“:

„Obgleich diese Geselerklasse unwirksam waren, so wollte man sie doch wirksam machen, und das wirkte störend; die Landbevölkerung leistete ihnen vereinigten Widerstand. In moderner Sprache ausgedrückt: die Knechte vereinigten sich zu Gewerkschaften (Trades Unions) und unterstützten einander in der Opposition gegen das Gesetz und in dem Streben nach höheren Löhnen.“

Dieser Kampf zwischen Kapital und Arbeit blieb bis etwa 30 Jahre nach der schwarzen Pest im Gange. Seinen Verlauf können wir in den verschiedenen Gesetzen verfolgen, die vom Parlament gegen die freie Arbeit erlassen wurden. Die allererste Akte, welche nach der schwarzen Pest erlassen wurde, enthielt Klagen darüber, daß die Arbeiter den doppelten und dreifachen Lohn wie früher verlangten, und daß es Leute gäbe, welche sich diesen Forderungen fügten. Im Jahre 1357 beklagt sich eine Akte des Parlaments über „Pöbeln“ und „Vereinigungen“ von Mauern und Zimmerleuten, „mit Eiden aneinander gefesselt“, und spricht von flüchtigen Knechten, die ihrem Dienst entlaufen. Das war vor 500 Jahren. Im Jahre 1368 wurden neue Kommissionen eingesetzt, welche die Arbeiterstatuten durchzuführen helfen sollten, ein Beweis, daß diese 18 Jahre hindurch mit Erfolg unbeachtet gelassen worden waren.

In 1377 wurde eine Akte erlassen, welche deutlich zeigt, daß der große Streit auch damals noch im Gange war, und daß er eben so unterstützt wurde wie heute, nämlich von Kombinationen und durch Sammlungen für die Streifer. In besagter Akte wird Klage darüber geführt, daß die Arbeiter ihren Herren ihre Dienste entziehen, und zwar mit Hilfe ihrer Berater, Gehilfen und Genossen, daß sie ferner sich in großer Anzahl vereinigen, und sich unter einander verpflichten, daß jeder dem anderen helfen solle, den Herren mit starker Hand Widerstand zu leisten.“

*) Auch in Illinois gibt es Statuten, die sich ganz so lesen, wie Obiges, obgleich es Philosophen gibt, welche uns sagen, daß Revolutionen niemals rückwärts gehen. Dies ist nicht ganz wahr, dagegen ist es wahr, daß es nicht von selber vorwärts geht. Wadere Männer müssen sie nach vorwärts schieben. Es gibt stets und in jedem

Augenblick wählern, wo es für ihre Zwecke am günstigsten erscheint, das Volk an die Wahlurne zu rufen. Man mag vom Standpunkt der politischen Moral darüber denken wie man will, wir haben uns an die Thatsache zu halten, daß die Regierung zu folchem Vorgehen die Macht hat, und von dieser denjenigen Gebrauch zu machen gewohnt ist, der ihr gerade in die Rechnung paßt. Die von der offiziellen Presse erhabene Debatte, ob die Rückkehr auf die Erneuerung des Sozialistenkongresses eine „abermächtige Befragung der Wähler“ nöthig macht, zeigt, daß man nur nach einem plausiblem Vorwand zur vorzeitigen Auflösung des patriotischsten aller patriotischen Reichstage sucht. Die Partei muß also unter allen Umständen und ohne Verzug in vollste Wahlbereitschaft treten, so daß keine Heberumpelungen und keine Heberumpelungen mehr möglich sind.

Selbstverständlich haben auch die im Ausland weilenden Genossen sich das zu Herzen zu nehmen und Maßregeln zu treffen, um im geeigneten Moment schnell und möglichst ausgiebig „Munition“ nach Deutschland schicken zu können. Das „Doppelt gibt, wer schnell gibt“ heißt bei den Reichstagswahlen: zehnfach, hundertfach gibt, wer schnell gibt. Mancher Wahlkreis kann gewonnen werden, wenn die Genossen von Beginn des Wahlkampfes an, über genügend Mittel verfügen, das Feuer auf allen Punkten gleichzeitig zu eröffnen.

Noch einmal, Parteigenossen nah und fern: Haltet Euch bereit!

Wörter!

In Nr. 46 unseres Blattes (vom 10. November) brachten wir einen, zuerst in der Wiener „Gleichheit“ veröffentlichten Brief zum Abdruck, der die mörderische Behandlung der Kohlenhändler auf Schiffen des Bremer „Lloyd“ kennzeichnet. Was in jenem Brief gesagt worden, mag so grauenhaft, daß unser Bruderorger einen Zweifel an der vollständigen Richtigkeit des Gesagten nicht unterdrücken konnte, und in der That fräute sich das Gefühl dagegen, an so viel Unmenslichkeit zu glauben. Aber leider war die Darstellung nicht übertrieben; was der Brief sagte, wird jetzt durch folgende, der „Frankfurter Zeitung“ von glaubwürdiger Seite eingehende Erklärung bestätigt:

„Unterschiedene Passagiere, an Bord des Norddeutschen Lloyd-Dampfers „Graf Bismarck“ auf der Reise von Bremen nach Buenos-Aires begriffen, sehen sich veranlaßt, folgendes öffentlich festzustellen und eventuell auch die Aufmerksamkeit deutscher Behörden darauf zu lenken. Am 28. September unterm (zirka) 15. Grad nördlicher Breite hatten wir eine so hohe Temperatur, daß der Aufenthalt für die im Kohlenraum beschäftigten Arbeiter, welcher unserer Ansicht nach ungenügend ventilirt war, fast unmöglich erschien, umso mehr als die betreffenden Arbeiter nur alle vier Stunden abgelöst wurden. Ein sechzehn- bis achtzehnjähriger Mann, der als Kohlenarbeiter in Bremen angestellt war, mußte infolge dieser Umstände zu verschiedenen Malen fast heilungslos die Arbeit unterbrechen und eröffnete sowohl dem Schiffsobersten als auch den Passagieren, daß er die Beschäftigung nicht länger aushalten könne und seinem Leben ein Ende machen müsse. Trotz alledem brachte man den betreffenden jungen Mann zwangswise wieder zur Arbeit. Die Folge davon war, daß der Unglückliche das wahr machte, was er Tags zuvor geäußert: er sprang Nachmittags 2 1/2 Uhr über Bord und konnte nicht mehr gerettet werden. Am 26. September hatten wir einen zweiten ähnlichen, gewissermaßen noch traurigeren Fall zu verzeichnen. Ein verheirateter Mann von zirka vierzig Jahren, Vater von drei Kindern, welcher gegen Arbeitsleistung die Heberfahrt nach Buenos-Aires machte, wurde, nachdem einer der gemüthlichen Arbeiter erkrankte, ebenfalls zum Kohlenziehen herbeigezogen. Der betreffende Mann sprach sich gegen die Passagiere wiederholt dahin aus, daß er bei seiner Körperkonstitution eine derartige Arbeit unmöglich aushalten könne. Dessenungeachtet wurde er selbst dann noch gewaltsam dazu herangezogen, als er fast bewußtlos in trampsähnlichem Zustande auf Deck geschafft wurde. Dem Schiffsarzte vorgestellt, erklärte dieser den Zustand als Verfallung. Nachdem der Unglückliche sich einigermaßen erholt, wurde er von Neuem in den Kohlenraum gebracht. Dort konnte er es natürlich nur ganz kurze Zeit aushalten, die Ohnmachten wiederholten sich in sehr heftiger Weise und nach Verlauf einiger Stunden war derselbe eine Leiche. Sollte diesen nicht zu leugnenden Thatsachen nicht in der Art abzuhelfen sein, daß Ventilatoren angebracht werden oder daß das ohnehin nur mit 30—40 Mark bezahlte Personal verdoppelt würde? Könnte man einen solchen Arbeiter, statt ihn, namentlich in den heißen Zonen, vier Stunden und mehr arbeiten zu lassen, nicht etwa alle zwei resp. eine Stunde ablösen? Unsere Fabriksysteme auf dem Festlande schätzen doch den Arbeiter in jeder Weise, warum geschieht dies nicht auf See? W. Ortleib aus Hamburg, Franz Wanschard aus Erfurt.“

Wie aus dem Schlußsatz hervorgeht, sind die Einsender durchaus keine „sozialdemokratischen Heber“, sondern sehr loyale, in Bezug auf die Ansprüche an den Arbeiterstand durchaus bescheidene Bürger; nur solche können davon reden, daß die deutschen Fabriksysteme den Arbeiter in jeder Weise schätzen. Aber grade aus solchen Munde klingt die Anklage doppelt belastend für die betrachtenen Wörter. Denn Wörter, infame Wörter sind sie, die Ungeheuer, welche solche Schändlichkeiten dulden, solche schürliche Preisgabe von Menschenleben hegen und pflegen. Das Mitgetheilte ist kein vereinzelter Fall, es ist System; was der Korrespondent der „Gleichheit“ vom Schiffe „Sachsen“ des Bremer Lloyd berichtet, wird hier vom Schiffe „Graf Bismarck“ derselben Gesellschaft bestätigt. Hier wie dort ganz dieselbe brutale Rücksichtslosigkeit, hier wie dort dasselbe bewußte Hinmord-

Es erscheint etwas räthselhaft, wie ein ungebildetes, unterdrücktes Volk, das unter dem Joch der Knechtschaft gehalten wurde, sich erfolgreich zu vereinigen vermochte, in einer Zeit, in der es weder Zeitungen noch Postverbindungen, weder Telegraphenlinien noch Eisenbahnen und thatsächlich keine öffentliche Verbindung zwischen den einzelnen Ortshäusern gab. Dieses Räthsel kann nur auf eine Weise erklärt werden. So haben wir uns auch gewundert, wie Regier, die weit von einander wohnen, von den Vorgängen in den entferntesten Landestheilen erfahren. Wir schreiben dies, weil wir es nicht anders zu erklären vermochten, dem „Weinreben-Telegraph“ zu. Nun, es hat auch vor 500 Jahren einen solchen „Weinreben-Telegraph“ gegeben und ich glaube erbedet zu haben, wer die Telegraphisten waren.

Einige Jahre vor der Zeit, von welcher hier die Rede ist, hatte John Wycliffe eine Reform in Kirche und Staat begonnen. Einen Theil seiner Pläne bildete die Gründung des Ordens der „Armen Prediger“, deren Aufgabe es war, von Ort zu Ort zu ziehen, die Laster der höheren Klassen zu schildern, das Volk zu einer besseren Kenntniß der Rechte der Arbeit zu erziehen und die Mittel und Wege anzudeuten, mit deren Hilfe diese Rechte errungen werden konnten. Diese Leute gewannen die Herzen der Arbeiter leicht genug, denn sie brachten ihnen Sympathie entgegen. Sie predigten eine Art von radikalem Sozialismus und bohrten ihre Lehre auf der Folie der absoluten Gleichheit, welche — nach ihrer Erklärung — im Garten Eden, wo die menschliche Gesellschaft ihren Ursprung genommen hat, von Gott selber eingesetzt worden ist. Diese armen Prediger waren Vorläufer der französischen Revolution, und zwar 400 Jahre vor dieser. Auch sie proklamirten die Freiheit, die Gleichheit und die Brüderlichkeit! Der höchste und herrlichste von diesen Männern, der einzige, dessen Namen die Geschichte aufbewahrt hat, war John Ball, „der tolle Priester von Kent“.

Wenn die Ansichten eines Mannes unserer Zeit weit voraus sind, und besonders, wenn wir keine Antwort auf seine Argumente zu finden

können ein reiches reaktionäres Element, welches bestrebt ist, Revolutionen nach rückwärts zu schieben. Außer diesem gibt es ein konservatives Element, das stets bereit ist, zu rufen: „Halt! Still stehen!“ — Der Sturm der Menschheit aber lautet: Vorwärts! Wir können den Massen Schritt der Legionen hören, die bei jedem Reiten anhalten, um ein altes Unrecht zu begraben. Es ist das ein hartes Marschieren, denn der Weg führt bergaufwärts, nicht abwärts, aufwärts in eine reinere Atmosphäre und helleres Licht, — aufwärts zu einer Höhe, einem Lande, in dem es gleiches Brod und gleiche Arbeit für Alle gibt.

den der armen Opfer. Es ist nicht ein roher Heizer, der eine Ra-
nahme von vielen bildet, für dessen Handlungsweise man daher Niemand
verantwortlich machen kann — Ausnahmen kommen ja überall
vor — nein, sie machen es alle so, und sie machen es berufsmäßig
so, die Kapitäne der Schiffe wissen davon und sehen es ruhig mit an,
sie helfen sogar den Mördern, indem sie es dulden und ihre Leute
dazu hergeben, die Opfer gewaltsam in die tödliche Gluth zu treiben.
Und Niemand macht uns weis, daß, was das ganze Schiffspersonal
weiß, die Oberleiter nicht auch wissen — die Herren Direktoren und
Vorsteher des „Lloyd“, diese behänderten und besternten Passagier-
dieser Worte gehören ja zu dem von ihnen mit so großem Erfolge prak-
tizierten Sparsystem, sie könnte sie sonst alle Konkurrenz siegreich
aus dem Felde schlagen — zur größeren Ehre des deutschen Namens?

O diese „Ehre des deutschen Namens“, wie viel Verbrechen sind nicht
schon ihrem Namen begangen worden und werden noch täglich mit ihr als
Vorwand begangen! Die Zeiten, wo man glaubte, die Ehre einer Nation
liege darin, alle übrigen an Gerechtigkeit und Menschlichkeit zu über-
treffen, sind längst dahin. Heute heißt es nur noch, und grade in Deutsch-
land, die andern an Rücksichtslosigkeit zu übertreffen, in Rücksichtslosigkeit
natürlich gegen die, die zu schwach sind, sich wirksam ihrer
Haut zu wehren. Deutschland ist die größte Militärmacht der Welt,
Deutschland hat aber die niedrigsten Löhne der modernen Staaten,
die höchste Arbeitszeit, die stärkste Bedrückung der
Arbeiter. „Auf deutschen Schiffen“ — heißt es in dem
erwähnten Brief an die „Gleichheit“ — „habe ich rohe, unge-
schliffene Vorgelegenheiten gefunden, Franzosen und Eng-
länder sind bei Weitem anständiger.“ Und: „aber auf
einem chinesischen oder japanischen Schiff, nur nicht
beim „Norddeutschen Lloyd.“

Hier, Ihr Patrioten, wenn es Euch mit Eurem Eintreten für die Ehre
des deutschen Namens Ernst wäre, gäbe es etwas zu erröthen, dies
Wort aus Arbeitermunde müßte Euch die brennende Röthe der Scham
ins Gesicht treiben, Euch zum leidenschaftlichen Protest, zur energischen
Aktion entschließen gegen diese Mißstände, zur Aktion, die nicht rastet
und nicht ruht, bis ein solches Wort ein Ding der Unmöglichkeit ist.

Aber dafür habt Ihr das Gefühl verloren, und darum werden wir
dafür sorgen, diese Schmach von dem Schilde des deutschen Namens zu
entfernen; darum haben wir es uns zur Pflicht gemacht, derartige Ver-
brechen rückwärts zu brandmarken und die Verbrecher unbarbarisch
an den Pranger zu stellen.

Unächst aber rufen wir die zustehende Behörde auf, ihre
Pflicht zu thun und die Mörder vor Gericht zur Verantwortung
zu ziehen — die Mörder und ihre Mitthäter!

Sozialpolitische Rundschau.

London, 5. Dezember 1888.

— Aus dem Reichstage. Unsere Abgeordneten haben gleich in
den ersten Sitzungen der neuen Session Gelegenheit genommen, ener-
gisch in die Debatten einzugreifen. Zum Reichs-Etat sprach Liebk-
necht, zum ersten Mal als Vertreter eines Berliner Wahlkreises.
Wie verschieden auch, je nach den betr. Standpunkten, die Urtheile über
seine Rede lauten, das Eine können sie nicht bestritten, daß Liebknecht
die Debatte erst aus dem Frohwasser rein technischer Erörterungen auf
das Niveau hob, auf das sie gehört; zu einer allgemeinen Kri-
tik der Reichspolitik. Ohne damit jedes Wort, das er ge-
sprochen, hauptsächlich unterschreiben zu wollen, können wir seiner Rede,
wie sie uns im Stenogramm vorliegt, nur volles Lob spenden. Sie ist
energisch und gehalten, frei von aller Deklamation und doch nicht
trocken. Daß sie eingeschlagen, beweisen die verunglückten Widerleg-
ungsversuche der Herren Bötticher und Bennigsen, bei welcher Ge-
legenheit der neugehäufte nationalliberale Oberpräsident von
Hannover das Glück hatte, den preussischen Minister in Punkte Ent-
wicklung reaktionärer Grundsätze nach um drei Reihen zurück zu schlagen.
Die Revolutionstheorie, die Bennigsen zum Besten gab, zeigt von ebenso
gründlicher Geschichtskennntnis wie tiefem Verständnis der sozialistischen
Bestrebungen. Aber wie Marx sagt, wenn es das Eigenthum zu retten
gibt, so liebt man es heutzutage, auf den Kinderfußel-Standpunkt her-
abzusinken. Puffkammer wird grün und gelb vor Neid geworden sein,
als er diese Rede las.

Es fehlt uns leider der Mann, Liebknechts Rede genauer zu analy-
sieren, die Genossen werden ihren Gehörten aus den Tagesblättern
ersehen, deren Berichte in Bezug auf korrekte Wiedergabe der Lieb-
knechtschen Erklärungen allerdings viel zu wünschen übrig lassen. Wir
werden daher einige der wichtigeren Stellen aus derselben in nächster
Nummer zum Ausdruck bringen.

Am 29. November sprach Singer zu einem von den Deutschfrei-
sinnigen eingebrachten Antrag, den Reichstag aufzufordern, sich die Beauf-
sichtigung des Gemüthgartens anlegen zu lassen, nämlich den
Reichsminister zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die veränderten Be-
stimmungen der Beamteninstruktion, die auf das Verfallenswesen,
Wahllegislation bezüglichen Paragraphen des Sozialistengesetzes, der
Reichsgewerbeordnung und des Reichswahlgesetzes genau zu beobachten.
Singer benutzte den Antrag, um in längerer Rede die schreiende
Willkür, die in allen diesen Dingen heute herrscht, an der Hand
zahlreicher Beispiele zu kennzeichnen, ließ aber im Uebrigen keinen

wissen, so ist es sehr bequemt, ihn einen Grant (d. h. überpaunt) zu
nennen. Das war die Antwort, welche Ball erhielt; man nannte ihn
verrückt. Zwanzig Jahre lang durchdrachte John Ball die östlichen Grafschaften
Englands und predigte — Sozialismus! Schließliche gelangte
die Regierung zu der Ansicht, daß man ihn am besten antworten würde,
wenn man ihn henkte. Sie henkten ihn auch, aber sie hatten es 20
Jahre zu spät! Er hatte seine Arbeit vollbracht! Er hatte die Saat
der Freiheit schon gesät! Als man das Leben aus dem Körper Balls
herauswürgte, da vergaß man, auch die Reden herauszuwürgen, die er
in den 20 Jahren vorher gehalten hatte. In letzterem gab es freilich
in England nicht Stride genug. Die Reden John Balls waren von
Mund zu Mund gegangen, bis sie für jeden Arbeiter Englands zu einer
Inspiration, einer Hoffnung geworden waren, zu einem Versprechen der
Erlösung, das nimmer vergehen werden konnte. Die Worte der Wahr-
heit, der Gerechtigkeit sind die Worte des ewigen Lebens und kein Hen-
ker hat Macht über sie.

Der Genius John Balls ist seit 500 Jahren die Inspiration jeder
Volksbewegung in England gewesen, und auch von ihm können wir,
wie von einem ähnlichen Charakter, der vor nicht gar langer Zeit ge-
henkt wurde, sagen:

John Balls Körper liegt
Faulend in der Grube,
Doch sein Geist geht uns voran!

Der englische Historiker sagt über ihn (John Ball): „Wenn ihn auch
die Landesbehörden toll nannten, so ist es doch Thatsache, daß John
Ball den Engländern als Erster die Menschenrechte erklärte und dem
Feudalismus die Lobenslocke gelautet hat.“

Der englische Historiker sagt über ihn (John Ball): „Wenn ihn auch
die Landesbehörden toll nannten, so ist es doch Thatsache, daß John
Ball den Engländern als Erster die Menschenrechte erklärte und dem
Feudalismus die Lobenslocke gelautet hat.“

Er sagte:
„Gute Leute! Solange es Herren und Herren gibt, solange die
Güter nicht gemeinsam sind, kann es nicht gut werden in England. Was
berechtigt diejenigen, welche wir Herren nennen, sich besser zu dünken,
als wir es sind? Wodurch haben sie dergleichen verdient? Weshalb
halten sie uns in Noth? Wenn wir denn doch von denselben
Güterpaare, von Adam und Eva, abstammen, wie können sie sagen
überbeweisen, daß sie besser sind als wir, außer daß sie es damit be-
gründeten, daß wir im Schweiß unseres Angesichts das erwerben, was

Zweifel darüber aufkommen, daß er sich von dem Antrage absolut nichts
verprügel, solange der Hof — Reichstanzler ist. Da die Kartellmehr-
heit derselben Ansicht ist, so stimmte sie dem Antrag „prinzipiell“ zu.
Und in der Praxis bleibt „Thema“ verboten.

Eine Polemik über die Wirkungen des Kunstbuttergesetzes
gab am gleichen Tage Veranlassung, den Agrariern ihre volks-
feindlichen Pläne, die sie feinerzeit bei Schaffung des Gesetzes mit dem-
selben verbunden, und die sie jetzt gerne abstreiten möchten, gehörig
unter die Nase zu reiben. Bekanntlich wollten die Herren durch die
Verpflichtung des Blausärens der Kunstbutter den Genuß derselben
dem Volke verweigern, damit der Preis der sog. Naturbutter in die Höhe
schnelle.

— Der Anruf der sozialdemokratischen Reichstagsabge-
ordneten bezüglich der Vorbereitung zu den Neuwahlen hat in
der Reptilpresse, namentlich der nationalliberalen, einen Sturm
benanziantischer Wuth hervorgerufen. Er wird als „revolu-
tionär“, „umstürzlerisch“ bezeichnet, und die Behörden werden ziemlich
unerbittlich zum Einschreiten aufgefordert. Nun — abwarten und
Thee trinken. Wie die Demagogie in den maßgebenden Kreisen an-
genommen wird, ist uns ziemlich gleichgültig. Was allein uns an der
Sache interessiert, ist die symptomatische Bedeutung. Puff-
kammer's Geist geht herum, und es wird gegenwärtig von den rea-
tionären Krautwurfern ein Anlauf gemacht, um erstens die Wieder-
einführung des „schändlichen“ Thring-Kathlow-Manne's zu erwirken, und
zweitens die Aufhebung oder Umgestaltung des Sozialistengesetzes
zu verhindern.

Ob diese Bestrebungen Aussicht auf unmittelbaren Erfolg haben, das
wissen wir nicht. Und zwar aus dem einfachen Grund, weil in den
maßgebenden Kreisen, zu denen wir die höchsten und allerhöchsten
rechnen, eine ratlose Zerfahrenheit herrscht und die entgegen-
gesetztesten Meinungen und Pläne wild durcheinander wogen. Das
wunderbare Desorganisations-talent des Kanzlers Eischen's behält sich
jetzt in der denkbar wirksamsten Weise. Die Zeit ist herangerommen, wo
er seine politische Familienämne ganz oder theilweise abgeben muß.
Und da entwickelt sich denn jenes wüste Lohmwadhu, welches wir seit
Jahren für diesen Zeitpunkt vorausgesehen haben. Alles war nach den
persönlichen Neunen und Interessen des Reichshausers eingerichtet wor-
den, der seinen Anderen neben sich duldet und sein Leben lang nach
dem Grundsatz handelte, daß jedes Nachtpartikeln und jeder Grobian,
der nicht in seine Hände und in seine Tische gelangt, seinen Be-
ruf verfehlt habe. Jetzt haben nun fremde Hände in den Reichs-
hausstempel hineingegriffen, und wohl die schönste Ordnung im Sinne
des Hausmars und seiner Sippe, aber auch die denkbar größte Konfu-
sion im Sinne des Reichs gefunden. Familie und Staat sind in
einen ununterscheidbaren Knäuel zusammengeballt, und wohl mancher
Faden, manches Band wird zerrissen, mancher „fäulige Griff“ wird ge-
macht, und mancher Personenwechsel wird vorgenommen werden müssen,
ehe dem Chaos des Reichs eine erröthliche Ordnung gefolgt ist.

Jedenfalls ist es mit dem Reichshausstempel-Absolutismus vorbei.
Wir erwähnen diese Vorkommnisse in den obersten Regionen nur,
um die Unsicherheit und Ungewißheit der Lage zu kennzeichnen.

Das traurigste Bild der Rathlosigkeit bilden übrigens die Natio-
nalliberalen, deren „staatsmännlicher“ Führer Bennigsen in seiner
Antwort auf die Liebknechtsche Rede im Reichstag und die Angst
dieser Gemüthspartei zum kläglichsten Ausdruck brachte.

Daß die Rede Liebknechts dem Reptilgelande zu den allseitigsten An-
griffen und gemeinsten Verdrehungen Anlaß gegeben hat, versteht sich
von selbst. Das Pack quittirt durch sein Gehn bloß die Peitschen-
hiebe, welche es erhalten.

— Die Herren sind noch nicht genug gedemüthigt. Der
Berliner Magistrat, an dessen Spitze der freisinnige Herr
von Fortenbeck steht, hat es fertig bekommen, in einer Persönlich-
keits-Gemeindeblatt Wilhelm II. „Se. Majestät unsern
kaiserlichen Herrn zu nennen. Wir wissen nicht“, bemerkt
dazu die „Berliner Volkszeitung“, „weshalb der Magistrat in seinen amt-
lichen Veröffentlichungen von dem Gebrauche abweist, welcher in
den amtlichen Schriftstücken aller Behörden befolgt wird. Da
heißt es stets „Seine Majestät der Kaiser und König“, und dabei kann
es auch der Berliner Magistrat belassen. Die von dem Magistrat jetzt
nicht zum ersten Male gebrauchten Worte sind von der „Kreuzzeitung“
in der journalistischen Sprache eingeführt und von Reichstanzler in seinen
parlamentarischen Reden mehrfach gebraucht worden, es liegt aber hierin
kein Grund für den Magistrat, sie nimmermehr auch in seinen amtlichen
Veröffentlichungen anzuwenden. Schon verfassungsmäßige Bedenken müß-
ten ihn davon abhalten.“

Das stimmt, denn der Magistrat der Stadt Berlin besteht nicht oder
soll wenigstens nicht bestehen aus Bedienten des Kaisers, sondern
aus Leuten, die Vertrauensleute des Volkes von Ber-
lin sind, und darin allein ihren Rechts-, ihren höchsten Ehren-
titel erblicken. Der Kaiser ist Regent des Landes, aber auch nicht
des letzten Landesangehörigen „Herr“. Er hat dem ärmsten Dorfpro-
tector nichts zu befehlen, geschweige denn dem Magistrat der Haupt-
stadt Berlin. Man könnte freilich sagen, Verfassung hin, Verfassung
her, das ist Variirt, der Kaiser thut eben doch, was er will, und die
Anderen haben zu pariren; aber wenn der Kaiser sich Rechte usurpirt,
die er nicht hat, seine Stellung in einer Weise deusert, die mit Sinn
und Wortlaut der Verfassung im Widerspruch stehen, wenn er den
Magistrat als seine Kalkulen behandelt, nun, so hat dieser, wenn er das
Herz auf dem rechten Fleck hat, doppelten Grund, sich und seinem
Rechte formell wie materiell nicht das Geringste zu vergeben, um so
eifriger bei jeder Gelegenheit seine rechtliche Stellung zum Ausdruck zu
bringen.

sie im Uebermuth verschwendet! Sie haben Wein, haben Gewürze und
feines Brod; wir haben Haberbrod und Stroh und müssen Wasser
kaufen. Sie haben Ruhe und prächtige Wohnungen; wir haben Mühe
und Arbeit, Regen und Sturm auf den Feldern und doch verdanken
jene all' ihre Güter uns und unermühten Schäften!“

Nach einmal jähre ich Green: „Die Eigentumsfrage wandte sich
auch damals, wie immer, gegen den Sozialismus. Natürlich ein Sozia-
lismus im Geiste des Mittelalters, welcher in dem Reime Ausdruck
fand:

Als Adam prägt' und Eva spann,
Wo war denn das der Edelmann?“

Professor Rogers sagt: „Wichtige und seine armen Priester hatten
den Geist des Volkes mit einer Denkart „durchschneid“, welchen man
heute „religiöser Sozialismus“ nennen könnte. Der Sturm, den
sein Bolshier jener Zeit erwartete, brach am 10. Juli 1381 aus. Die
Bevölkerung des Hochlandes erhob sich wie ein Mann. Der Aufstand
ergriffte sich von der Ährte von Kent bis nach Scarborough (Nordost-
England) und durch alle östlichen Grafschaften. Im Westen ging er von
Dumfries bis nach Lancashire.“

Aus allem diesem geht hervor, daß diejenigen, welche damals die
„Gewerkschaften“ und die „Arbeitertritte“ organisierten, die armen
Priester waren. Die Treue dieser und der Arbeiter selbst wird da-
durch bewiesen, daß sich in ihren Reihen keine Angeler, keine
Pinfertons befanden, welche „die Behörden auf dem
Laufenden gehalten hätten.“ Die Regierung war vollständig
überfordert, als am 10. Juni 1381 die Revolution ausbrach. Auf diesen
Tag muß man sich vorher geeinigt haben, denn der Aufstand wurde in
allen Grafschaften gleichzeitig in Szene gesetzt.

Watt Tyler wurde zum Leiter des Aufstandes ernannt. Bei dieser
Nennung war aber sein wirklicher Name lautete, werden wir niemals
erfahren. Aber man im Allgemeinen überein, daß er ein Soldat aus
dem französischen Kriege gewesen sein müsse, und das ist wohl auch
wahrscheinlich, denn es hat etwas für sich, anzunehmen, daß ein in der
Revolution begriffenes Volk sich als Leiter einen Mann von militä-
rischer Erfahrung und erprobtem persönlichen Muth erwählt. Daß Watt
Tyler fähig war, eine Arbeitertruppe in eine bis zu einem gewissen
Grade disziplinierte Armee zu verwandeln, beweist der Umstand, daß er
die Qualifikation zum Führer hatte; und die Gewandtheit, mit welcher
er London eroberte und den Tower stürmte, idas die stärkste Ueber-
zeugung, daß er, wenn er nicht ermorbet worden wäre, die Regierung
gestürzt und der Revolution die Krone aufgesetzt haben würde. Es ist
nicht platterdings unmöglich, daß sein richtiger Name Tyler war, aber

Was der ehrenwerthe Berliner Magistrat thut, ist genau das Gegen-
theil davon. Er selbst thut alles Mögliche, seine rechtliche Stellung in
falsches Licht zu setzen. Er selbst drückt sich in einer Weise aus, die
ein Abhängigkeitsverhältnis zwischen ihm und dem Kaiser
voraussetzt, und er beugt den Knieen, wo er sich aufrichten und die
Fauft zeigen sollte. Die Rechte sind noch nicht genug gedemüthigt wor-
den, sie verlangen schneidlich einen zweiten Zusritt. Hoffentlich löst
er nicht lange auf sich warten. Sie haben ihn wirklich rechtlich be-
dient.

— Internationale Arbeiterkongresse. Nachdem es den deutschen
Arbeitern durch die Ungherzigkeit des Parlamentarischen Ausschusses
der englischen Gewerkschaften unmöglich gemacht worden war, den für
November dieses Jahres nach London gemachten Internationalen Kongreß
zu beschicken, mußte der Plan, den Beschluß des St. Gallener
Kongresses im Laufe dieses Jahres zur Ausführung zu bringen, auf-
gegeben werden. Von der Faktion wurde der Beschluß gefaßt, den
Kongreß im nächsten Jahre in der Schweiz abzuhalten, und
Seitens der Schweizer Faktion wurde auch die Bereitwilligkeit erklärt,
die nöthigen Vorarbeiten zu treffen.

Inzwischen wurden aber diese Dispositionen durch die Ereignisse ge-
ändert.

Der nationale Kongreß der französischen Gewerkschaften und
Fachvereine, welcher Ende Oktober in Bordeaux zusammentrat, nahm
die Einladung zu dem in der Schweiz zu veranstaltenden Kongreß zwar
auf's Sympathischste an und beifolgte einstimmig die Befestigung,
gleichzeitig aber richtete er auch an die deutschen Arbeiter die Ein-
ladung, den vom Vorredner Kongreß beschlossenen, für nächstes Jahr
in Paris geplanten Internationalen Kongreß zu besuchen.

Und acht oder zehn Tage später faßte der Londoner inter-
nationale Gewerkschaftskongreß, welcher sich erfolgreich
gegen die Ungherzigkeit des Parlamentarischen Ausschusses auflehnte,
den einstimmigen Beschluß, im nächsten Jahre einen internationalen Ar-
beiterkongreß in Paris abzuhalten.

Die Beschlüsse dieser beiden Arbeiterkongresse konnten von den
deutschen Arbeitern nicht ignoriert werden. Und es
fragte sich jetzt bloß, ob, angesichts der Thatsache, daß im nächsten
Jahre ein internationaler Kongreß in Paris stattfinden wird, die mit
Ausführung des St. Gallener Beschlusses betraute Faktion der deut-
schen sozialdemokratischen Abgeordneten an dem Plan festhalten würde,
den Kongreß nächstes Jahr in der Schweiz stattfinden zu lassen.

Nach reiflicher Erwägung gelangte man zur Verneinung dieser
Frage. Von dem Plan, nächstes Jahr einen Kongreß in der Schweiz
abzuhalten, ist Abstand genommen, und es ist beschloffen worden, eine
Einladung zum Pariser Kongreß anzunehmen — aller-
dings unter der Voraussetzung, daß die französischen Arbeiter sich be-
züglich dieses Kongresses einigen.

— Die „huldvolle Aufnahme“, welche die Breslauer Tal-
mi-Arbeiter bei dem deutschen Kaiser gefunden, und der Wunsch
desselben, im ganzen Lande herum solche schöne reichstrenne Fackelzüge
wiederholt zu sehen, werden hoffentlich ihre Wirkung nicht verfehlen.
Die Veranlassung der Breslauer Sühntage haben bereits eine Lokal-
itätskollekte organisiert, der Lokaltitäts-Vettelhut geht
bereits herum, und der samole Lokaltitätsfrad aus den Zeiten
des großen Verfassungskampfes ist schon frisch aufgebügelt, — der
Rummel kann also losgehen.

— Kämmerpolitik. Die „Nieler Zeitung“, eines der Haupt-
organe der Deutschfreisinnigen, verwarnte sich neulich mit
großer Empörung gegen den von der Kartellbrüdervereine Berliner „Post“
erhobenen Vorwurf, daß die Freisinnigen in Hensburg zur Wahl eines
„dänischen Demokraten“ mitgewirkt haben. „Diejenigen Konserwativen“,
schrub das dem Sprachredner Hänel befreundete Blatt, „denen der
Verdacht bei der damaligen Wahl bekannt ist, werden der „Post“ nicht
sehr dankbar sein, daß sie an diese Sache wieder erinnert, denn ihre
ehrliche Partei sich bei der in Rede stehenden Wahl nicht eingelegt.
Nicht Freisinnige, sondern Konserwative, speziell Agrarier, waren es,
welche im Jahre 1881 die Wahl des dänischen Kandidaten Johannes
veranlaßten. Und hier kam nicht einmal die Theorie vom geringeren
Uebel, welche sonst mitunter Wahlkompromisse schützen läßt und
die Wähler zur Stimmabgabe für einen ihrer Partei nicht angehörenden
Kandidaten oder zur Wahlenthaltung veranlaßt, in Betracht. Nein, es
war das doppelte Uebel, welches man wählte, denn Johannes war
Liberaler und Däne zugleich, aber man wählte ihn, weil man dem
Wahlkandidaten, den man in dem deutschen Theile des Wahlkreises bei
der Hauptwahl als Gegner zunächst und hauptsächlich bekämpft hatte,
den Sieg nicht gönnen mochte. Dagegen haben bei den späteren Wahlen
die Freisinnigen, weil sie die nationale Frage als
zu wichtig ansahen, gegen den Dänen, obgleich der-
selbe freisinnige Anschauungen hatte, und für den
dem Kartell angehörenden deutschen Kandidaten
gestimmt.“

„Droht ihr selbst und weiß nicht wie“ — drohtlicher kann man
die Kämmerpolitik der Deutschfreisinnigen gar nicht kennzeichnen, als es
durch dieses von der „Nieler Zeitung“ angezogene Beispiel geschieht.
So werden sie von der äußersten Reute jahrens, jahrens als Re-
feinde denunziert und dem Abscheu aller Gutgesinnten preisgegeben,
und wenn es in ihrer Hand liegt, sich an ihren Feinden zu rächen und
denselben eine eskatante Niederlage zu bereiten, fühlen sie kein anderes
Bedürfnis als nur ja zu beweisen, daß sie gute, wohlgeordnete Mäher
sind. Und anstatt direkt für den Kandidaten zu stimmen, der, mag er
so „reichsfeindlich“ sein als er will, der Sache des deutschen Volkes

wahrscheinlich ist es nicht, denn die Leiter der Verbindungen verbargen
sich hinter falschen Namen wie z. B. Jack Straw, Jack the Miller, Tom
the Carter, Piers Plowman, Ralph Freeman, John Kneepel und ähn-
lichen Umschreibungen, durch welche sie bei ihren Freunden, nicht aber
bei den Behörden bekannt waren. Es ist daher sogar wahrscheinlich, daß
Watt Tyler ein Pseudonym war. Ich bin in der That zu der An-
sicht geneigt, daß Watt Tyler und Jack Straw verschiedene Namen für
dieselbe Person waren, doch ist dies nur eine Vermuthung von mir.
In der Geschichte kommen diese Namen in Verbindung mit verdäc-
tigen Personen vor. Willrecht waren es ja auch verschiedene Personen.
Allgemein glaubt man, Watt Tyler sei ein Schmied gewesen, aber ich
glaube, daß auch diese Annahme nicht genügend bewiesen ist.

Nachdem die Stadt von den Rebellen eingenommen war, gab der
König einer Delegation von ihnen zu Milt Gad im östlichen Theile der
Stadt eine Audienz und fragte sie nach ihren Wünschen und Absichten.
Ihre Antwort lautete: Wir wollen, daß man für alle Zeiten frei mache
uns selbst, wie unsere Erben und unser Land; wir wollen nicht mehr
Skaven sein oder so genannt werden. Auf diesen Wunsch ging der
König ein, und der ganze Tag wurde damit zugebracht, Freiheitsbriefe
und Amnestiegeschreiben auszufertigen. Ein allgemeiner Pardon wurde den
Rebellen gewährt und, traud auf das königliche Wort und die Frei-
heitsbriefe, welche mit dem Großsiegel versehen waren, ging das Volk
auseinander und suchte seine Wohnungen wieder auf, während 30,000
Leute bei Tyler blieben, um den gewonnenen Sieg zu sichern. Es ist
merkwürdig, daß die Bauern auf dem Wunsch beharrten, daß sie die
von ihnen bebauten Farmen als Eigenthum haben wollten.

Dies ereignete sich Alles am Freitag und am Samstag traf Tyler
mit dem König in Smithfield zusammen und wurde, wie ich schon vor-
her erzählte, getödtet. Seine Leiche erhielten vom König die Befrei-
ung, daß er selbst den Platz ihres gefallenen Führers übernehmen
und ihnen ihre Rechte und Freiheiten schenken werde. Die Leute waren
durch den Verlust ihres Generals plötzlich mutlos und schwach gewor-
den, und so gingen sie denn auseinander und begaben sich zu ihren
Familien.

Als die Gefahr für den Staat vorüber war und die Regierung sich
sicher fühlte, begann die übliche Nachpolitik. Die Freiheitsbriefe wur-
den widerrufen, Verfolgungen vorgenommen und mehrere hundert Re-
bellen aufgehängt.

(Schluß folgt.)

